

Hinweise zur Ergnzungvereinbarung (Dienstwagenvertrag)

Inhaltsverzeichnis

Hinweis zu § 4 Privatfahrten

Hinweis zu § 6 Rückgabe

Hinweis zu § 4 Privatfahrten

Hinweis zur ersten Alternative:

Der geldwerte Vorteil, der durch die unentgeltliche Zurverfügungstellung erlangt wird, ist dem Arbeitslohn hinzuzurechnen. Zur Höhe des geldwerten Vorteils enthält LStR 8.1 Abs. 9 ausführliche Regelungen, auf die verwiesen wird. Diese Regelungen lassen sich wie folgt zusammenfassen: Der geldwerte Vorteil kann mit monatlich 1 % des auf volle 100 € abgerundeten Neupreises (Kaufpreis in diesem Sinne ist, auch bei Gebrauchtwagen, die im Zeitpunkt der Erstzulassung für den genutzten Kraftwagen unverbindliche Preisempfehlung einschließlich Zuschlägen für Sonderausstattung und Umsatzsteuer) angesetzt werden.

Nach dem Urteil des BFH vom 21.03.2013 (Aktenzeichen VI R 31/10) führt ein betriebliches Fahrzeug, das einem Arbeitnehmer auch zur privaten Nutzung überlassen wird, unabhängig davon, ob das Fahrzeug tatsächlich privat genutzt wird, stets zu einem geldwerten Vorteil, welcher der Lohnsteuer zu unterwerfen ist. Um die Erfassung des geldwerten Vorteils nach der 1-%-Methode zu vermeiden, genügt es daher nicht mehr, dass der Arbeitnehmer behauptet, er nutze das betriebliche Fahrzeug nicht privat. Die Besteuerung eines geldwerten Vorteils kann nur dann vermieden werden, wenn arbeitsvertraglich ein Privatnutzungsverbot vereinbart wird oder ein ordnungsgemäß geführtes Fahrtenbuch vorgelegt wird, aus dem sich ergibt, dass keine Privatfahrten durchgeführt wurden.

Die Finanzverwaltung gewährt ein Wahlrecht zwischen dem genannten 0,03-%-Monatzuschlag und einer Pauschale von 0,002 % des Bruttolistenpreises pro Tag. Wird die 0,002-%-Pauschale gewählt, so ist der geldwerte Vorteil nur noch für die tatsächlich durchgeführten Fahrten zwischen Wohnung und erster Ttigkeitsttte zu versteuern. Das Wahlrecht zwischen 0,03-%-Monatzuschlag und 0,002-%-Tagespauschale ist fahrzeugbezogen und kann für das jeweilige Kalenderjahr nur einheitlich ausgeübt werden.

Statt des pauschalen Ansatzes können die tatsächlich privat gefahrenen Kilometer gemäß Fahrtenbuch angesetzt werden. Dieser Kilometeransatz ist nach den effektiven Kosten zu berechnen. Der gemäß der lohnsteuerlichen Behandlung ermittelte geldwerte Vorteil muss auch bei der Berechnung des sozialversicherungspflichtigen Entgelts in voller Höhe unter Beachtung der Beitragsbemessungsgrenze berücksichtigt werden.

Hinweis zur zweiten Alternative:

Nach dem Urteil des BFH vom 21.03.2013 (Aktenzeichen VI R 31/10) führt ein betriebliches Fahrzeug, das einem Arbeitnehmer auch zur privaten Nutzung überlassen wird, unabhängig davon, ob das Fahrzeug tatsächlich privat genutzt wird, stets zu einem geldwerten Vorteil, welcher der Lohnsteuer zu unterwerfen ist. Um die Erfassung des geldwerten Vorteils nach der 1-%-Methode zu vermeiden, genügt es daher nicht mehr, dass der Arbeitnehmer behauptet, er nutze das betriebliche Fahrzeug nicht privat. Die Besteuerung eines geldwerten Vorteils kann nur dann vermieden werden, wenn ein Privatnutzungsverbot durch entsprechende Unterlagen (z. B. eine arbeits- oder dienstrechtliche Rechtsgrundlage) nachgewiesen wird. Diese Unterlagen sind als Belege zum Lohnkonto aufzubewahren (vgl. BMF-Schreiben vom 03.03.2022, IV C 5-S 2334/21/10004 :001).

Hinweis zu § 6 Rückgabe

Kann der Dienstwagen auch privat genutzt werden, so ist dessen Überlassung ein Vergütungsbestandteil und Gegenleistung für die geschuldete Arbeitsleistung. In diesem Fall darf die Gestellung des Dienstwagens nicht unter einen Freiwilligkeitsvorbehalt gestellt werden. Ferner ist es in einem solchen Fall unzulässig, ein jederzeitiges voraussetzungsloses Widerrufsrecht des Arbeitgebers zu vereinbaren. Es ist jedoch möglich, einen Widerrufsvorbehalt dergestalt zu vereinbaren, dass die Widerrufsründe benannt werden und der Widerruf nicht in den „Kernbereich“ des Entgeltgefges eingreift. Der durch die Dienstwagenberlassung gewährte und später widerrufene Entgeltbestandteil darf daher nicht mehr als 25 bis 30 % des Gesamtgehalts betragen. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang, dass der Arbeitgeber sich in Höhe des Privatnutzungswerts schadensersatzpflichtig macht, wenn er seinem Mitarbeiter den Dienstwagen unberechtigt entzieht.



© 07/2022 DWS Steuerberater Medien GmbH

Bestellservice: Postfach 02 35 53 · 10127 Berlin · Telefon 0 30/2 88 85 66 · Telefax 0 30/28 88 56 70

E-Mail: info@dws-verlag.de · Internet: www.dws-verlag.de

Nr.
264

Alle Rechte vorbehalten. Es ist nicht gestattet, die Vordrucke ganz oder teilweise nachzudrucken bzw. auf fotomechanischem Weg zu vervielfältigen.

Dieses Produkt wurde mit äußerster Sorgfalt bearbeitet, für den Inhalt kann jedoch keine Gewähr übernommen werden.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet.

Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.